Italien

MAURIZIO FERRERA/GINEVRA BRUZZONE

Nachdem sich die Schatten des Kopenhagener Gipfels verzogen hatten, war die italienische Debatte über Gemeinschaftsthemen 1988 von großem Optimismus geprägt. Im Mittelpunkt stand naturgemäß das Datum 1992, welches sich rasch als symbolischer Referenzpunkt sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Verhaltensweisen der maßgeblichen wirtschaftlichen und politischen Akteure durchsetzte. Die Aufmerksamkeit der Massenmedien für die mit 1992 verknüpfte wirtschaftliche, politische und soziale Dynamik erreichte ihren Höhepunkt in den Monaten Juni und Juli nach dem Erscheinen des Cecchini-Berichts. Die Studie über die Kosten des Nicht-Europa war Gegenstand zahlreicher Konferenzen, und Cecchini selbst stimulierte zusätzlich die innenpolitische Debatte mit einer Monographie über die spezifischen Implikationen für das wirtschaftliche und politische Systems Italiens[1]. Die Italiener wurden im Verlauf des Jahres 1988 vielleicht am meisten mit der Binnenmarkt-Thematik konfrontiert. Im Gegensatz zu anderen Ländern waren die Kampagnen uneingeschränkt lobend. Die wenigen kritischen Stimmen, etwa zu den Risiken einer Festung Europa, betrafen fast ausschließlich die mangelnde Vorbereitung Italiens auf die Herausforderung '92. Vielleicht auch wegen dieser optimistischen Grundhaltung nahm schließlich die Unterstützung für die gemeinschaftliche Integration in der Bevölkerung im Laufe des Jahres zu[2]. Einen zweifelsohne wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit erbrachte auch die föderalistische Bewegung, die das Thema 1992 in eine breitere institutionelle Reformperspektive der Gemeinschaft stellte und es mit der für 1989 anstehenden Neuwahl des Europäischen Parlaments verband.

Das Datum 1992 war auch für die Interessengruppen, die politischen Kräfte und die Institutionen Handlungsanreiz. Abgesehen von Konferenzen und Podiumsdiskussionen legten sich die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Verbände Strategien zurecht, um die Wirkungen des Binnenmarktes soweit wie möglich im voraus zu berücksichtigen und die nationale und gemeinschaftliche Politikgestaltung zu beeinflussen. Ein vergleichbarer Aktivismus war auch bei allen politischen Parteien und besonders in der DC (Christdemokraten) feststellbar. Diese widmete im Mai eine wichtige Konferenz den anstehenden Gemeinschaftsproblemen[3]. Zahlreiche Regionen starteten ihrerseits Initiativen, um sich möglichst viele Vorteile bei der absehbaren Neuverteilung der Chancen zwischen Regionen und Sektoren im kommenden Jahrzehnt zu sichern. Große Absichtserklärungen zu 1992 wurden auch von den Regierungsinstitutionen selbst formuliert.

Die neue Regierung und die drei großen innenpolitischen „Fragen"

Die ersten vier Monate 1988 standen ganz im Zeichen des quälenden Endes der zweiten Regierung Goria (gescheitert am 10. Februar, zwei Tage später „wiedererweckt" mit der einzigen Aufgabenstellung, den Haushalt zu verabschieden, und endgültig „tot" am 11. März) und des schwierigen Beginns der Regierung De Mita, die am 23. April ihre Amtsgeschäfte aufnahm. Auch wenn diese lange Krise den italienischen Interessen in der Gemeinschaft geschadet hatte[4], so bot sie doch dem neuen ersten Mann De Mita die Möglichkeit, das Thema 1992 im Entscheidungsverfahren voll auszunutzen und dem Kabinett eine Linie zu verordnen, die in der Öffentlichkeit bereits präsent war. Die Herausforderung der endgültigen Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bildete die Grundlage seines Regierungsprogramms. Dieses will im wesentlichen drei Fragen beantworten und damit zugleich zwingende Schritte bei der Vorbereitung Italiens auf die neuen europäischen Möglichkeiten angeben: die Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien des Binnenmarktprogramms, die institutionellen Reformen und das Problem des Defizits und der Ausgabenkontrolle[5].

Die von De Mita genannten drei „Fragen" stellen in der Tat die hauptsächlichen Handicaps der italienischen Position in der Gemeinschaft dar. Die Verzögerungen bei der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht in nationales Recht schaden nicht nur der Glaubwürdigkeit und dem Bild des Landes bei seinen Partnern, sondern auch den nationalen Interessen. Diese Verzögerungen haben zwei Ursachen, zum einen die Überlappung und entsprechende Konfliktträchtigkeit der Kompetenzen in Gemeinschaftsangelegenheiten, zum anderen die ungenügende Effizienz des gesamten italienischen Institutionengefüges, vor allem aber der öffentlichen Verwaltung. Das ungenügende Funktionieren des öffentlichen Apparates (die zweite „Frage" des Regierungsprogramms) stellt in der Tat ein dramatisches Gegengewicht zur Vitalität des privaten Sektors dar und schwächt gerade jene Wettbewerbsfähigkeit des Systems, die im nächsten Jahrzehnt eine entscheidende Rolle spielen wird. Mit dem Ungleichgewicht der öffentlichen Haushalte (das Bilanzdefizit entsprach mehr als 10% des Bruttoinlandsprodukts) werden schließlich schwerwiegende Spannungen im fiskalischen und monetären Integrationsprozeß riskiert.

Fortschritte gestalten sich an allen drei Fronten langsam und schwierig. Die wichtigste Reform betraf zweifelsohne die Frage der Gemeinschaftsverpflichtungen: Die Regierung bahnte eine tiefgreifende Revision der Übernahmeprozeduren für Gemeinschaftsrichtlinien an und legte somit den Grundstein für ein Regierungssystem, das den neuen Anforderungen – angesichts 1992 – entspricht. Bei den institutionellen Reformen wurde versucht, Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit im Entscheidungsprozeß sowohl der Regierung als auch des Parlaments durch drei bedeutsame Maßnahmen zu erhöhen: die Neuordnung der Regierungsressorts, die Vereinfachung der Zustimmungsverfahren zum Haushalt und die Abschaffung der geheimen Abstimmung in der parlamentarischen Arbeit.

Keine Maßnahme von Bedeutung zielte indessen auf die Trägheit der öffentlichen Verwaltung. Bescheiden waren auch die Fortschritte bei den öffentlichen Finanzen: Der vom Schatzminister vorgesehene Sparplan konnte hier nur kleine Breschen schlagen.

Die Aktivitäten Italiens auf europäischer Ebene

Die politische Schwäche und die sich hinziehende Krise der Regierung Goria trübten mehrere Monate lang das Bild eines aktiven und zielstrebigen Italiens auf internationaler Ebene, das die Regierungszeit Craxis charakterisiert hatte. De Mita versuchte sofort, dieses verlorene Terrain wiederzugewinnen, indem er sich auch im europäischen Bereich darum bemühte, das Gewicht des „doppelten Amtes" in die Waagschale zu werfen: als Regierungschef und Parteivorsitzender der größten Partei. Besonders intensiv waren die Initiativen vor allem im bilateralen Bereich. Kurz nach dem Amtsantritt der neuen Regierung ging vom Gipfel mit Bundeskanzler Kohl ein neuer Impuls für die italienisch-deutschen Beziehungen aus. De Mita war darum bemüht, Italien an die Initiativen im Bereich militärischer Kooperation in Europa anzuklinken und entschiedenere Anstrengungen bei der Währungsintegration zu fördern. Bei beiden Themen verständigte sich das Tandem De Mita-Andreotti erfolgreich mit den Regierungschefs Belgiens, der Niederlande und Kommissionspräsident Delors. Die bilateralen Gipfeltreffen mit Mitterrand und den anderen Premiers der Mittelmeerländer behandelten ein drittes Thema, auf das Italien mit Blick auf 1992 Wert legte: die Verstärkung des sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft. Das Treffen mit Margaret Thatcher im Oktober diente hingegen im wesentlichen einer höflichen Feststellung der Meinungsunterschiede.

Im multilateralen und gemeinschaftlichen Rahmen war die italienische Aktivität wie gewöhnlich darauf gerichtet, gemeinsame Auffassungen innerhalb der wichtigen Institutionen (EPZ, WEU etc.) weiterzuentwickeln. Besondere Anstrengungen wurden 1988 bei der Palästinenserfrage unternommen, um die Gemeinschaft zu einer gewissen Anerkennung der im November in Algerien gefaßten Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates zu veranlassen und um eine Gemeinschaftsinitiative für die besetzten palästinensischen Gebiete anzuregen. Entsprechende Vorschläge, ursprünglich von Craxi im April formuliert und dann ohne Erfolg von Andreotti den europäischen Partnern präsentiert, zeugen von dem Wunsch nach einer direkten Initiative Italiens im Mittelmeerraum, die über die traditionelle Rolle einer reaktiven Vermittlung hinausgeht.

Auf den Mittelmeerraum konzentrierte man sich auch im Bereich der Verteidigung. Im Rahmen der NATO war die italienische Bereitschaft von erheblicher Bedeutung, der Verlegung von 401 amerikanischen F-16 von Torrejon in Spanien nach Crotone zuzustimmen; im engeren europäischen Kontext wurden mit Frankreich und Spanien wichtige Absichtserklärungen zur Kooperation bei der Seeverteidigung im Mittelmeer unterzeichnet, während gleichzeitig zwei Gipfel mit dem Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik Deutschland stattfanden.

Die italienische Zielsetzung war eine doppelte: die Aufmerksamkeit der Verbündeten auf die südliche Region zu richten, die von besorgniserregenden Krisenherden gequält wurde, und sich gleichzeitig als Angelpunkt europäischer Unterstützung für die amerikanischen Truppen zu präsentieren. Das Gesetz, das der italienischen Marine den Besitz eigener Militärflugzeuge zugestand, bedeutete einen wichtigen Schritt zur Stärkung der nationalen Seeverteidigung.

Der Bereich, in dem sich die italienischen Ambitionen nach mehr Einfluß auf die multilateralen „high politics" am besten entfalten konnten, war jedoch die institutionelle Entwicklung der Gemeinschaft. Traditionellerweise war hier Italien besonders rege und richtete seine Bemühungen 1988 vor allem auf die Währungsunion und die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. An vorderster Front versuchte die italienische Regierung, den Prozeß der Währungsintegration voranzutreiben. Beharrlichkeit bei diesen Themen zeigten auch bedeutende Akteure außerhalb der Regierung, etwa der FIAT-Präsident Agnelli in seiner Rolle als Vizepräsident der „Vereinigung für die Europäische Währungsunion"[6]. Hinsichtlich der Befugnisse des Europäischen Parlaments war Italien 1988 der Schauplatz einer intensiven Kampagne für die Organisation eines konsultativen Referendums über das Projekt der Europäischen Union und der Erteilung verfassungsgebender Befugnisse an das Europäische Parlament. Dank der Aktivitäten der föderalistischen Bewegung und trotz prozeduraler Hindernisse nahm das italienische Parlament am 30. März 1989 ein Verfassungsgesetz an, welches das Referendum für den Zeitraum der europäischen Wahlen festsetzte. Die italienische Initiative fand einigen Widerhall in den anderen Ländern.

Trägt man den Fesseln Rechnung, die aus dem Status einer „Mittelmacht" und dem inneren politischen System resultieren, dann erscheinen die italienischen Aktivitäten auf Gemeinschaftsebene vielleicht weniger farblos, als es etwa die nationale Perzeption nahelegen würde.

Die Politik Italiens im Hinblick auf 1992

Die Beteiligung Italiens an den gemeinschaftlichen Verhandlungen war 1988 traditionsgemäß besonders dann aktiv, wenn es um die Verteidigung der Anliegen einzelner nationaler Interessengruppen ging. Wirksam gehandelt wurde z. B. bei der Aufteilung der gemeinschaftlichen Strukturfonds, bei der Fischereipolitik und, zur Vermeidung von Nachteilen für die nationale Landwirtschaft, bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Das Bemühen um den Schutz organisierter Interessen wurde auch deutlich bei den Verhandlungen mit der Kommission über die Neudefinierung des Beihilfesystems für den Mezzogiorno[7] bzw. über die drohende Schließung des Stahlwerkes in Bagnoli zwischen Juni und Dezember 1988.

Bei den konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung des Binnenmarktes schien Italien in den vergangenen Monaten hingegen eine passivere Rolle zu spielen. Es besteht ein gewisser Widerspruch zwischen dem Aktivismus bei der Verteidigung

organisierter Interessen und der zweitrangigen Rolle bei den Verhandlungen über die künftige Struktur des europäischen Marktes. Italien wünscht zwar auf jedem Europäischen Rat und bei jedem bilateralen Gipfel in ausdrücklicher Gegenposition zur Vision der britischen Premierministerin ein Europa, das über eine bloße Marktliberalisierung hinausgeht. Bei den konkreten Politiken könnten jedoch Zweifel darüber aufkommen, inwieweit Italien in der Lage ist, seinen eigenen Idealzielen zu entsprechen.

Die italienischen Schwierigkeiten bei der Definition wichtiger Etappen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses führen wieder zum fragmentierten und durchlässigen internen Politikgestaltungssystem zurück, das im allgemeinen kaum kollektive Güter für das Gesamtsystem Italien produzieren kann. Solange das „italienische Haus" in Unordnung ist, bleibt es schwierig, die nationale Position in Brüssel wirksam zu vertreten und eine treibende Kraft beim Bau des „europäischen Hauses" zu sein.

Doch übt die Perspektive des Binnenmarktes einen starken Druck auf öffentliche und private Akteure in Italien aus. Zum Teil handelt es sich dabei um ein analoges Phänomen zum Beitritt Italiens zum EWS 1979: Die neuen äußeren wirtschaftlichen und politischen Fesseln hatten Rückwirkungen auf Verhaltensweisen der nationalen Akteure und veranlaßte sie, sich der europäischen Herausforderung zu stellen. Der Druck der eingeengten Wechselkurse trug wesentlich dazu bei, daß der private Sektor sein Angebot wettbewerbsfähiger gestaltete. In den letzten Monaten hat die durch die Einheitliche Europäische Akte in Gang gesetzte Dynamik Druck auf eine Anzahl von sehr viel weitergehenden Sektoren ausgeübt.

In drei Bereichen hat die europäische Perspektive 1988 einen wesentlichen Einfluß auf die italienische Politik entfaltet: im Bereich der makroökonomischen Politik, der Marktpolitiken und der institutionellen Organisation italienischer Gemeinschaftspolitik. Im makroökonomischen Bereich ließ die Aussicht auf die Kapitalverkehrsliberalisierung 1990 es als dringlich erscheinen, die öffentlichen Haushalte in Italien in Ordnung zu bringen. 1988 war gekennzeichnet von einem fortgesetzten realen Wachstum, einer relativ begrenzten Inflation und einer starken Stabilität der Lira innerhalb des EWS. Zahlreiche Experten, aus denen die Stimme des Gouverneurs der Banca d'Italia hervorragt[8], unterstrichen im Laufe des Jahres, daß ein stabiles, nichtinflationäres und von äußeren Zwängen unabhängiges Wachstum einer ertragsorientierten Politik bedarf, um den Inflationsdruck zu bändigen, und einer Fiskalpolitik, die über eine Reduzierung des öffentlichen Defizits die Nachfrage dämpft. Diese Überlegungen wurden begleitet von einer Serie von konkreten Interventionsversuchen im Bereich der Wirtschaftspolitik. Ein Anpassungsprogramm der öffentlichen Haushalte – der sogenannte Amato-Plan – sah, wie bereits im Regierungsprogramm angekündigt, die Rückführung des primären Bedarfs entsprechend der Zinssätze bis 1992 vor. Der vom Schatzminister im Mai vorgelegte Plan wurde mehrmals revidiert und war gegen Ende des Jahres aufgrund der mangelnden Kontrolle über das Ausgabegebaren von

Teilen innerhalb der Regierung faktisch überholt. Einzelne Schritte in Richtung auf eine ertragsorientierte Politik, die auf allgemeinen Übereinkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmen basieren sollte, blieben ohne Erfolg.

In den ersten Monaten 1989 kam es erneut zu Versuchen, das öffentliche Defizit mit Blick auf 1990 und 1992 zu reduzieren. Vor dem Hintergrund wiederholter Mahnungen der Banca d'Italia, des Schatzministers und des Internationalen Währungsfonds, nahm die Regierung im März trotz Kritik aller Sozialpartner einen Plan öffentlicher Einsparungen an, der sich auf die Bereiche Gesundheit, Transporte und Verringerung der Besteuerung der Soziallasten konzentrierte. Die italienische Regierung wird die finanzpolitische Integration Europas auch weiterhin als Anreiz nutzen, um das „System Italien" in den für den Binnenmarkt notwendigen Stand zu versetzen.

Die Aussichten auf eine Beibehaltung einer Bandbreitenschwankung von 6% innerhalb des EWS fügen sich in dieses Bild ein. Wie Minister Amato im Februar 1988 unterstrich[9], bevorzugt Italien das Ziel der Kapitalverkehrsliberalisierung (ein wichtiger Fortschritt wurde besonders mit der Maßnahme zur Devisenliberalisierung vom 1. Oktober 1988 erreicht) gegenüber einer Einengung der Bandbreite. Es wird als opportun erachtet, letztere auf den Zeitpunkt nach der Überwindung etwaiger temporärer Ungleichgewichte in der Folge der Liberalisierung zu verschieben. In den letzten Monaten erfuhr jedoch der Vorschlag einer Einführung einer mittleren Bandbreite zwischen 2,25% und 6% für alle Mitgliedstaaten wachsende Zustimmung[10]. Sowohl Schatzministerium als auch Banca d'Italia scheinen darin übereinzustimmen, daß die Liberalisierung des Kapitalverkehrs außer einer Harmonisierung der Kapitalertragsbesteuerung eine größere Ex-ante-Koordinierung der Geldpolitiken in der Gemeinschaft erfordere.

Das Datum 1992 wird von den Politikern und organisierten Interessengruppen in überraschender Einmütigkeit als Grundlage der Kritik an einem Staat benutzt, der unfähig ist, dem Produktivsektor über Dienstleistungen, Infrastruktur und klare Spielregeln die angemessene Unterstützung für die europäische Perspektive zu liefern. 1988 und 1989 wurden allerdings wichtige Reformen für organischere Marktpolitiken auf den Weg gebracht. Im Stadium der Verabschiedung befindet sich ein Wettbewerbsgesetz[11], im Beratungsstadium befinden sich wichtige Gesetzentwürfe zur Reform des öffentlichen Bankensystems und der nicht bankengebundenen Finanztransaktionen. Unter Industrieminister Battaglia wird ein systematischer Entwurf einer neuformulierten italienischen Industriepolitik im Blick auf 1992 vorbereitet[12]. Die Reform der gemeinschaftlichen Strukturfonds hat auf der anderen Seite zu einer größeren Koordinierung zwischen Staat und Regionen bei der lokalen Entwicklungsplanung geführt.

Viele Mängel der italienischen Beteiligung am Gemeinschaftsleben werden auf die unzureichende interne Koordinierung im öffentlichen Sektor und zwischen diesem und dem privaten Sektor zurückgeführt, dies sowohl in der Phase vor der Entscheidung auf Gemeinschaftsebene als auch danach[13]. Im Verlauf des Jahres

1988 wurden wichtige Fortschritte im Bereich der institutionellen Konstruktion italienischer Gemeinschaftspolitik erzielt. Ein Schritt in diese Richtung wurde bereits 1987 mit dem Gesetz Nr. 183 gemacht[14]. Ende 1988 wurde ein Konsultationsorgan etabliert, der Nationale Rat für den Binnenmarkt (Consiglio Nazionale per il Mercato Interno). Unter dem Vorsitz des Regierungschefs oder des Ministers für Gemeinschaftspolitik und zusammengesetzt aus etwa 50 Vertretern der Sozialpartner und der von der anstehenden wirtschaftlichen Integration betroffenen nationalen Interessengruppen soll dieser Rat der regelmäßigen Unterrichtung des privaten Sektors über alle im Hinblick auf '92 in Italien und Brüssel verfolgten Politiken dienen. Zur besseren Anpassung des inneritalienischen Systems an die Gemeinschaftsverpflichtungen wurde am 9. März 1989 das Gesetz Nr. 86 angenommen[15]. Damit muß die Regierung dem Parlament bis zum 1. März jeden Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen, der alle notwendigen Dispositionen für eine zeitgerechte Anpassung der nationalen Ordnung an die verschiedenen Gemeinschaftsverpflichtungen enthält.

Außer durch einen starken „Europäismus" im Bereich von Idealen und ein hohes Niveau von Nichteinhaltung war die italienische Position in den vergangenen Monaten also gekennzeichnet durch einige dynamische interne Fortschritte, die eine Anpassung des Systems aufgrund europäischen Drucks ankündigen könnten. Fortschritte in diese Richtung könnten jedoch noch gebremst werden, wenn bei der nationalen Entscheidungsfindung partikulare Interessen die allgemeinen überwiegen: wenn etwa die Rückführung des öffentlichen Defizits zunichte gemacht werden sollte. Klar ist dennoch, daß in dieser Phase die Anpassung des Systems eine wesentliche Vorbedingung einer wirksameren Teilnahme Italiens sowohl bei der Alltagsarbeit der EG als auch bei der Formulierung der großen innen- und außenpolitischen Linien der Politik der Zwölf darstellt.

Bilanz: ein Italien der Ohnmacht?

Es scheint inzwischen auch unter ausländischen Beobachtern einen einmütigen Konsens über die dringende Notwendigkeit wirksamerer italienischer Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen zu geben, die den Aktionsspielraum im internationalen Kontext dem gewachsenen wirtschaftlichen Gewicht und der geopolitischen Bedeutung anpassen. Um mit einer Metapher Duvergers[16] zu sprechen, so schadet das „Italien der Ohnmacht" nicht nur sich selbst, sondern verlangsamt die Dynamik der ganzen Gemeinschaft. Der Übergang von einem „Italien der Ohnmacht" zu einem „Italien der Entscheidung" erfordert eine grundlegende Reform des politischen Systems und im besonderen ein besseres Funktionieren der Mechanik des Parteiensystems. Letzteres ist für den geringen Entscheidungsertrag italienischer Regierungen an erster Stelle verantwortlich. In den vergangenen vierzig Jahren funktionierte das italienische Parteiensystem nicht nur aufgrund der ausgeprägten Fragmentierung mangelhaft, sondern vor allem wegen der kommunistischen „Andersartigkeit", die sowohl einen Regierungswechsel als auch eine wirksame Regierung verhinderte. Die neuere Entwicklung des PCI (auch im

außenpolitischen und besonders europäischen Bereich) hat diese Andersartigkeit gemildert und läßt somit die Aussicht auf alternierende Koalitionen, die Norm im „Europa der Entscheidung", näherrücken. Dies ist heute sogar von den Regierungsparteien erwünscht. Um die für die italienische Demokratie neuen Möglichkeiten voll ausschöpfen zu können, erachten viele nach wie vor einen Eingriff in das gegenwärtige Wahlsystem für notwendig, um die Auswüchse des Verhältnissystems zu korrigieren. Die Debatte über die Reform des Wahlrechts ist in vollem Gang, und alle Parteien zeigen weitgehende Bereitschaft, wenngleich noch nicht Einmütigkeit. Welche Lösung sich am Ende auch durchsetzen wird – die Aussicht auf eine Zweite Republik stellt eine vielversprechende Neuheit für das italienische System und eine gute Nachricht für ganz Europa dar.

Anmerkungen

Maurizio Ferrera schrieb die Einleitung, die ersten beiden Abschnitte und die Bilanz.

Ginevra Bruzzone schrieb den dritten Abschnitt.

Übersetzung aus dem Italienischen von Karin Stoll, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

1 Cecchini, Paolo: La scadenza 1992: quali sfide per l'Italia? Mailand, ISPI, 1989. Vgl. ders.: Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.

2 Nach den Ergebnissen von Umfragen der Interfraktionellen Föderalistischen Gruppe des Europäischen Parlaments stieg der Prozentsatz für eine europäische Regierung von 70 auf 75% zwischen November 1987 und November 1988, während die Zustimmung für die Übertragung eines verfassungsgebenden Mandats an das neue Parlament von 76 auf 78% stieg.

3 Vgl. das Dokument „Una proposta per la politica europea", vorgelegt auf dem Kongreß „La Democrazia Cristiana per l'Europa" am 12. und 13. 5. 1988.

4 Die Stimme eines demissionierten Premierministers konnte bei einer für Italien so heiklen Angelegenheit wie die „Vierte Einnahmequelle" nicht gewichtig genug sein.

5 Vgl. das der Regierungserklärung des Ratspräsidenten beigefügte Dokument, veröffentlicht in: Rivista di studi politici, Oktober/Dezember 1988, S. 263–264.

6 Vgl. Il Sole 24 Ore v. 23. 2. 1988, v. 19. 1. 1989 und v. 22. 2. 1989.

7 Hiermit endete im März 1988 auch ein im Vorjahr gegen Italien eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren.

8 Banca d'Italia, Relazione annuale – Considerazioni finali del Governatore, Roma 1988; s. auch Krägenau, Henry: Wirtschaftspolitik, in diesem Band.

9 Vgl. Corriere della Sera v. 24. 2. 1988.

10 Vgl. Il Sole 24 Ore v. 7. 12. 1988.

11 Vgl. den Gesetzentwurf Nr. 1012, angenommen vom Senat am 16. 3. 1989.

12 Vgl. Il Sole 24 Ore v. 18. 3. 1989.

13 Vgl. Monti, Mario: Una „cabina di regia" per programmare il '92 in: Corriere della Sera v. 21. 12. 1988.

14 Vgl. Massai, Alessandro: Italien, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1987/88, Bonn 1988, S. 385–395.

15 Vgl. Gazzetta Ufficiale – serie generale 58/1989 v. 10. 3. 1989.

16 Vgl. Duverger, Maurice: La nostalgie de l'impuissance, Paris, Albin Michel, 1988.

Weiterführende Literatur

Caligaris, Luigi: Politica della difesa e dibattito parlamentare, in: Relazioni Internazionali 1 (1988), p. 102–111.

CER/IRS (a cura di): Un'industria in Europa. Bologna, Il Mulino 1987.

Comitato Giovani Imprenditori Confindustria (a

cura di): Il sistema Italia e la sfida internazionale. Milano, Edizioni Il Sole 24 Ore 1988.

Fiori, Gerolamo: Orizzonte 1993. I settori produttivi italiani all'appuntamento del grande mercato europeo: colloqui con i protagonisti. Milano, Commissione CEE 1988.

Giavazzi, Francesco: Il Sistema Monetario Europeo: lezioni dall'Europa e prospettive in Europa. Milano, ISPI 1989.

Giavazzi, Francesco e Luigi Spaventa: High Public Debt: the Italian Experience. London, CEPR, 1988.

La Palombara, Joseph: Democracy Italian Style. New Haven, Yale University Press 1987.

Masera, Rainer S.: L'unificazione monetaria e lo SME. Bologna, Il Mulino 1987.

Merlini, Cesare: La resistibile ascesa del bilateralismo, in: Relazioni Internazionali 4 (1988), p. 74–83.

Monti, Mario: Integrazione monetaria e finanziaria in Europa: convenienze, pressioni, prospettive. Milano, ISPI 1988.

Neri Gualdesi, Marinella: La politica europa, in Istituto Affari Internazionali (a cura di): L'Italia nella politica internazionale, Milano, Franco Angeli 1988.

Onida, Fabrizio: La partita aperta dell'azienda Italia, in: Relazioni Internazionali 3 (1988), p. 86–97.

Santoro, Carlo Maria: Dove va la politica estera italiana? Cinque ipotesi su una media potenza, in: Relazioni Internazionali 1 (1988), p. 92–101.

Sassoon, Donald: Contemporary Italy: Politics, Economy and Society since 1945. Londra, Longman 1986.

Spotts, Frederic e Theodor Wieser: Italy. A Difficult Democracy. Cambridge, Cambridge University Press 1986.

Vona, Stefano e Lorenzo Bini Smaghi: La coesione dello SME e il ruolo dei fattori esterni: un'analisi in termini di commercio estero, Temi di discussione della Banca d'Italia n. 103, Roma 1988.